



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **September 2025**

Guten Tag!

Gerechtes Beitragsaufkommen statt Privatisierung!

Unsere kapitalhörige Wirtschaftsministerin Katherina Reiche CDU und der Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger sind sich darin einig, dass unsere Sozialversicherungsbeiträge schuld daran sind, dass die deutsche Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit verliert. Sie sind beide blind, wenn es darum geht, sozialverträgliche Lösungen angesichts schlechter Kassenlagen zu erkennen.

Lösungsvorschlag: Streichung der Beitragsbemessungsgrenzen bei Rente und Gesundheit!

Die Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung beträgt im Jahr 2025 monatlich 8.050 Euro, was einem jährlichen Betrag von 96.600 Euro entspricht. Das bedeutet, wer das Doppelte oder Mehrfache verdient, und davon gibt es Viele, zahlt nur bis zur Bemessungsgrenze Beiträge.

Bei der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ist es genauso.

Nur liegt die Grenze bei 5.512,50 Euro monatlich bzw. 66.150 Euro jährlich. Das heißt, dass Beiträge zur Krankenversicherung nur bis

zu diesem Einkommen berechnet werden, auch wenn das tatsächliche Einkommen höher ist.

Auch Einkünfte aus Kapitalerträgen bleiben unangetastet.

Der soziale Nimbus, der der SPD immer noch unverdient anhaftet, führt in der Regierungskoalition verständlicherweise nicht dazu, Verbesserungen für die Bevölkerung anzugehen. Die alte Gewerkschaftsforderung nach Einführung einer Bürgerversicherung, wo alle einzahlen, auch Abgeordnete, Beamte und Selbständige, wird partout nicht aufgegriffen. Der DGB, der sich für Beschäftigteninteressen einsetzen müsste, hat sich leider der Regierung unterworfen und kann sich an frühere Forderungen nicht mehr erinnern.

Eine Bürgerversicherung würde alle entlasten und die Beiträge in die Sozialversicherung reduzieren.

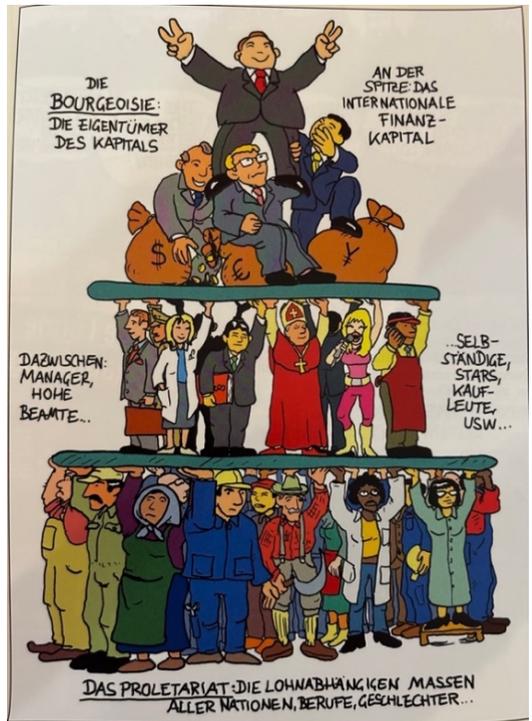
Nicht zuletzt aufgrund dieses Systems beziehen Menschen in Österreich deutlich höhere Renten. Wer nicht nur über die Armut von Familien und Rentnern schreiben, sondern wirklich handeln wollte, hätte genug zu tun.

Was der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft darüber hinaus helfen

würde, wäre preiswertes und umweltfreundlicheres russisches Pipeline-Gas.

Mit der Sprengung der Nordstream-Röhren hat sich US-Präsident Donald Trump inzwischen gebrüstet, aber darüber will unsere unterwürfige Regierung nicht reden. Dieses Thema soll aus unserer Erinnerung getilgt werden.

R. Weber.

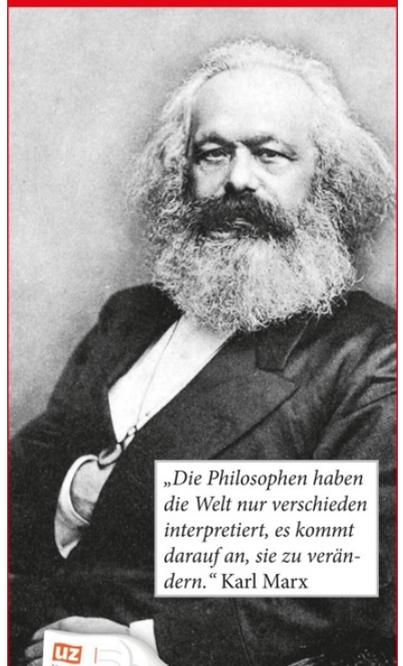


Von kaputten Brücken und kapitalistischer Unfähigkeit.

Mit der Sperrung und dem Abriss der Zeller Brücke wurde uns die Bedeutung von funktionierender Infrastruktur ins Bewusstsein gerückt. Dauerhafte und unabsehbar lange Behinderung des Straßenverkehrs und wochenlange Sperrung der Odenwaldbahn erzeugen Ärger, Mehrkosten und wirtschaftliche Schäden. Natürlich gehen auch Brücken mal kaputt, jedoch häufen sich in letzter Zeit Meldungen über marode Bauwerke. Etwa 4000 bis 5000 Brücken sind in Deutschland sanierungsbedürftig oder abbruchreif. Aber nicht nur! Viele Schulen sind baulich heruntergekommen, Turnhallendächer stürzen ein und Stadthallen sind nicht mehr nutzbar. Es fehlt den in der Zuständigkeit stehenden öffentlichen Haushalten auf annähernd allen Ebenen an ausreichenden Mitteln. Das ist Folge einer Steuer- und Ausgabenpolitik, die eben nicht dem Allgemeinwohl dient, sondern starken Lobbyisten aus Wirtschafts- und Finanzkreisen. Erklären lässt sich das nicht allein mit Unfähigkeiten von Politikern, sondern mit den Lenkungszwängen, die sich aus einer profitorientierten Wirtschaftsweise ergeben und einem leider noch nicht vorhandenen Widerstand aus der Bevölkerung gegen eine solche Politik.

G. Janske

**Jetzt 6 Wochen
kostenlos testen**



„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“ Karl Marx



**Sagen,
was ist!**

unsere-zeit.de
Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de



Renten vs. Beamtenpensionen

Eine massive Ungleichbehandlung!

Fangen wir mit den Fakten an: Die Durchschnittsrente beträgt gegenwärtig ca. 1200 € monatlich bei stetigen Rentenkürzungen, Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge plus Versteuerung der Rente. Nebenbei: Die Versteuerung der Renten entspricht dem gesetzlichen Verbot der Doppelbesteuerung. Diesbezügliche Verfahren sind immer noch beim Bundesverfassungsgericht anhängig.

Die Beamtenpension beträgt ca. 3340 € monatlich. Bei einer angesetzten Steigerung von 2,9% p. a., wird dieser Betrag bis 2035 auf satte 4442 € steigen.

Zurzeit werden pro Jahr ca. 7,5 Mrd. € für Beamtenpensionen aufgewendet, bis zum Jahr 2026 wird sich dieser Betrag auf satte 25,4 Mrd. € steigern.

Und nun hören und lesen wir von den doch so sozialfreundlichen Politikern, von sogenannten Wirtschaftsexperten usw., dass die Rentner die eigentlichen Schmarotzer in diesem Land sind und künftig bis in hohe Alter (70 Jahre) arbeiten sollen.

Von den gleichen Experten vernehmen wir propagandistisch, dass Rentner für die künftige Front gegen Russland tauglich sein sollen, ggf. als dringend benötigte LKW-Fahrer - sprich: Kanonenfutter -, was die künftigen Rentenausgaben erheblich vermindern könnte. So schließt sich die Aussage resp. Sinnhaftigkeit vom Schmarotzertum der Rentner!

Und wenn wir schon beim Thema ungleiche Einkommenssteigerungen sind: Warum bestimmt das Staatsvolk nicht über die Politikerpension via einer Leistungsbeurteilung ab, denn schließlich arbeiten die doch im Interesse des Wählers bzw. des Staatsvolkes?! Quellen: „Merkur“, „Welt“, „Focus“

Harald K.

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail reinhold.fertig@mail.de